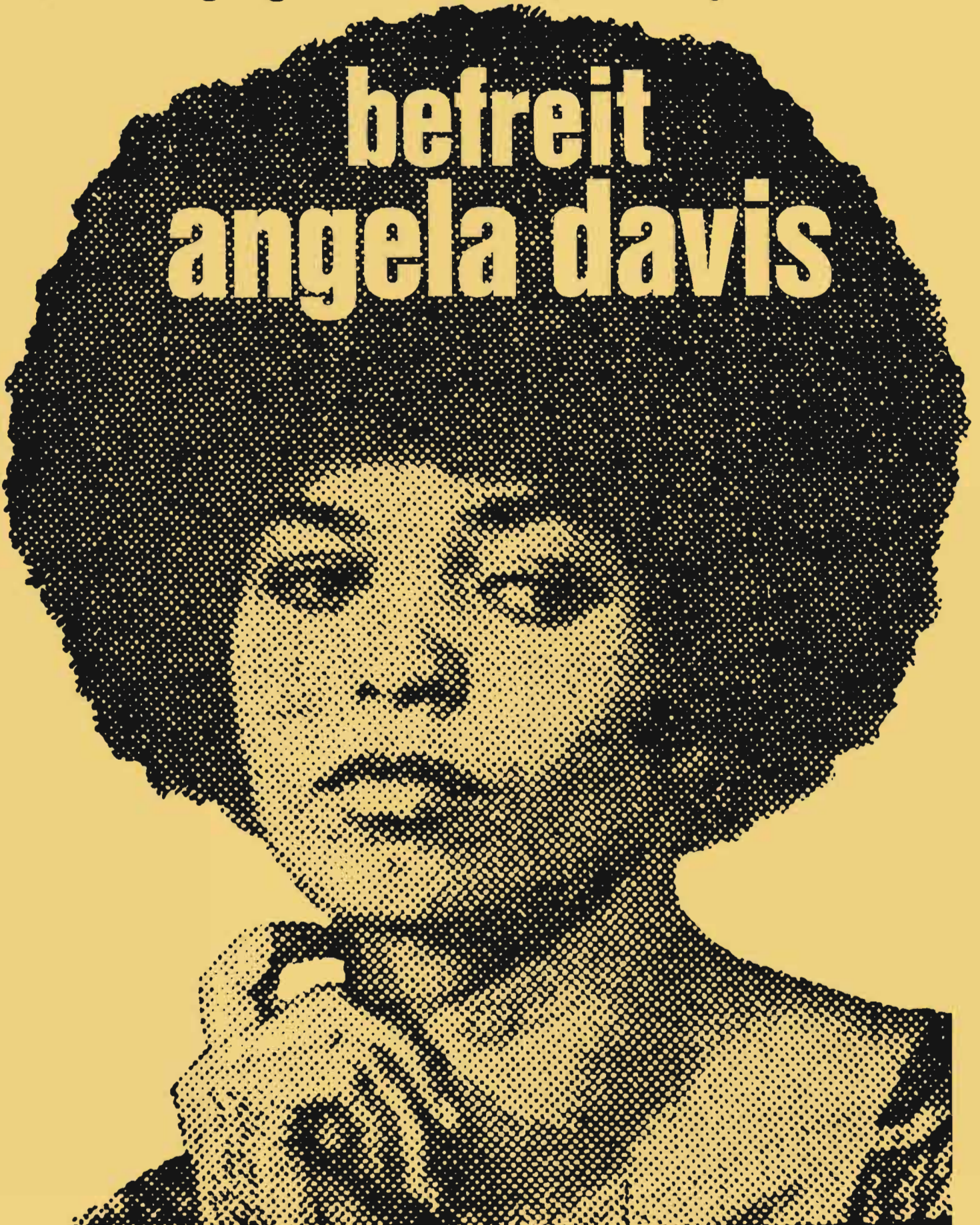


# aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

jänner 71 nr 39

## befreit angela davis



## Inhalt

Polen.....	3
Todesurteile.....	6
Chronik.....	7
Bundesheer.....	10
Gewalt und Gegengewalt.....	13
Leserbrief.....	17

\*\*\*\*\*

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt der Freien Österreichischen Jugend (Bewegung für Sozialismus) - Wien.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Freie Österreichische Jugend, für den Inhalt und die Vervielfältigung verantwortlich : Alfred Prandl, alle Wien 1040, Belvederegasse 10.

# **POLEN**

Die Ereignisse in Polen haben erneut unterstrichen, wie notwendig eine marxistische Einschätzung der UdSSR, und den mit ihr verbündeten Staaten, ist. Ohne diese Analyse können, von Linken, Ereignisse wie zuletzt der polnische Dezember nicht erklärt werden. Wir sind nicht bereit, wie anfangs die offiziellen polnischen Stellen, und dadurch auch die KPÖ, die Arbeiterunruhen in Polen auf das Werk von Rowdys, Agenten und sonstigem antisozialistischem Gesindel, zu reduzieren. Wir sind auch nicht bereit, die Streiks und Demonstrationen, deren äußerlicher Anlaß rein wirtschaftlicher Natur war, von den Tragödien, wie die Okkupation der CSSR 1968, die Ussuri-Konflikte, isoliert zu betrachten. Es geht daher nicht darum, die einzelnen Fakten aufzuzählen (sie sind aus den Tageszeitungen zur Genüge bekannt) sondern wir wollen an Hand des polnischen Dezembers einige grundsätzliche Fragen zur Diskussion stellen.

Es fehlt nicht an Versuchen zwischen Polen und der CSSR wesentliche Unterschiede zu suchen. Wir hören, wie uns von KP-Seite gesagt wird, in der CSSR ging es um den Aufbau bzw. Abbau des Sozialismus, in Polen nur gegen Preis erhöhungen. Es ist bezeichnend, daß auch die bürgerliche Presse diese Unterschiede zeigen will, geht es ihnen doch darum, an Hand der CSSR das Versagen des Sozialismus in punkto Demokratie, in Polen das Versagen des Sozialismus im ökonomischen Bereich zu beweisen. Es ist direkt "erhebend" welche Sorgen sich unsere gleichgerichtete Presse über den Sozialismus macht. Das Tragische an dieser Sache ist, daß die anti-kommunistische Welle an Hand un-leugbarer Fakten geritten wird.

Wer kann leugnen, daß Zehntausende spontan Demonstrationen, Streiks durchführten, um ihre Unzufriedenheit zu manifestieren? Wer kann leugnen, daß zur Aufrechterhaltung der "Sicherheit



und Ordnung " in der CSSR ausländische Truppen, in Polen Polizei und Militär notwendig waren? Gewiß gab und gibt es in diesen Staaten antisozialistische Kräfte (noch ist nicht geklärt wo sie sitzen) die auf den Boden der allgemeinen Unzufriedenheit ihre Geschäfte treiben konnten. Aber es ist uns allzu gut bekannt, daß "auführerische Elemente" nur in bestimmten gesellschaftlichen Situationen Erfolg beschieden sein kann. Selbst, also wenn wir der ursprünglichen KP-Argumentation folgen (nach der Wahl Giereks änderte sich die Haltung der KPÖ), erklärt uns dies nicht wieso diese Revolten in Polen entstehen konnten. Solange die Frage nach dem Charakter eines sozialistischen Staates als "revisionistisch" bis konterrevolutionär" von vornherein unterdrückt werden, solange werden Ereignisse wie in Polen unerklärbar bleiben. Hier zeigt sich die Gemeinsamkeit aller Tragödien der letzten Jahre. Erst die Gegenüberstellung von marxistisch-leninistischen Vorstellungen über eine sozialistische Gesellschaft mit der heutigen Realität der Staaten, die von sich behaupten, den Sozialismus errichtet zu haben, macht die Kluft zwischen der Theorie und Praxis sichtbar.

Soweit wir die Klassiker des Marxismus verstanden haben, ging es ihnen bei der Erarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus um die Voraussetzungen für den Aufbau einer Gesellschaft zu legen, in der der Mensch aus einem geknechteten und entrechteten Wesen zu einem schöpferischen Menschen werden kann. Erst daraus resultierte die Erkenntnis, daß um eine derartige Gesellschaft aufbauen zu können das Privateigentum an Produktionsmittel und die dadurch bedingte Staatsform beseitigt werden muß. Daher wurde immer wieder betont, daß mit der Schaffung der ökonomischen Basis erst die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus gelegt wurde.

Allein die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmittel

macht die SU (als stärkste Macht) zum entscheidenden Faktor im internationalen Klassenkampf.

Genügt dies aber für den Sozialismus, wir glauben nicht.

Die Mitarbeit und Mitentscheidung der Produzenten an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens ist ein entscheidendes Element einer sozialistischen Gesellschaft.

Gerade das Fehlen der Einbeziehung der Produzenten in den Bereich der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen (sozialistische Demokratie) führte zu diesen Entartungen und Deformationen die den Kampf zum Aufbau des Sozialismus so schädigte und hemmte.

Dieses Fehlen führt einerseits zu ungeheuren Schwierigkeiten in diesen Staaten selbst und schadet den revolutionären und sozialistischen Kräften in der übrigen Welt. Können sozialistische Kräfte zu der Diktatur einer Parteihierarchie, zum Verletzen entscheidender sozialistischer Prinzipien, mit dem Hinweis dem Antikommunismus nicht zu dienen, schweigen? Hier wirft sich ein neues Problem auf. Wer und was dient dem Antikommunismus?

Immer wieder wurde die Kritik an Deformationen des Sozialismus mit dem Hinweis das sei der Beginn vom "Abweichen" verhindert. Nicht die Taten sondern jene, die diese Taten verurteilen wurden als antikommunistisch apostrophiert.

Wir sind aber überzeugt, daß die Unterdrückung der Wahrheit die Verniedlichung von Entartungen zwangsläufig zur Infragestellung der eigenen Positionen führt. Die Heuchelei und Lüge nimmt Eingang in die revolutionäre Bewegung und es kommt zwangsläufig zu einer Diskriminierung der eigenen Ziele.

Deshalb werden wir, bei aller Anerkennung der antikapitalistischen Staaten und ihrer Funktion im internationalen Kampf, es uns nicht nehmen lassen die antisozialistischen Handlungen dieser Staaten zu verurteilen.

Jiří Kolář:

## Rat für Kreaturen

Ihr habt Verbrechen gerechtfertigt und Verrat gelobt?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt geschwiegen, als sogar das Gras schrie?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt geschrieben, als sogar die Tinte rot wurde?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt geglaubt, als nicht einmal die Mitternacht ihren Augen traute?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr wart immer an der Futterkrippe?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt Hingerichtete für Späne erklärt, die beim Hobeln fallen?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt gehurt, als es sogar den Huren den Magen umdrehte?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt gedienert, als sich sogar die Hündinnen verkrochen?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr seid gekrochen, habt Hacken geschlagen, habt Honig geschmiert?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt Ehren empfangen, als sogar die Steine ausspuckten?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt verurteilt, als sich sogar der Strick zum Strang zu schad war?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt gebellt, als auch der letzte Köter nicht wollte?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt denunziert, als sogar die Spitzel von Dreck sprachen?  
Schiebt es auf die Partei  
Eure Hände kleben voll Blut?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt geleckt und gelogen, wart gierig, habt gefressen?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt nicht gehört, was alle Spatzen von den Dächern piffen?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt sogar die Kinder zu flüstern gezwungen?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt Gefesselte getreten?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt die Toten bespuckt?  
Schiebt es auf die Partei  
Ihr habt euch berauscht an fremden Tränen und an fremden Schweiß?  
Alles, alles, alles schiebt auf die Partei, Musikanten der Nacht

Nachstehendes Flugblatt wurde am Dienstag, den 29. Dezember 1970 bei einer Aktion der FÖJ verteilt.

# TODESURTEILE

Die Herrschaft des Faschismus in Spanien - vor mehr als 30 Jahren von Hitler und Mussolini aus der Taufe gehoben, und seit damals von den Regierungen und Wirtschaftskreisen der kapitalistischen Länder Europas und Amerikas am Leben erhalten - versucht immer noch, seine Macht gegenüber einer wachsenden Bewegung des Widerstandes im eigenen Land und in ganz Europa zu demonstrieren. Die Todesurteile im Prozeß von Burgos sind der jüngste Versuch in dieser Richtung.

Die Bewegung des Widerstandes gegen das faschistische Franco-Regime nahm in den letzten Jahren an Umfang und Bedeutung immer mehr zu, und umfaßt heute breite Kreise der Bevölkerung - Intellektuelle, Arbeiter, Teile des Klerus. Die Commissiones obreras, die Arbeiterkommissionen, sind heute die stärksten Organisationen der arbeitenden Bevölkerung; die von diesen Organisationen getragenen Streikbewegungen und Demonstrationen erschüttern die Herrschaft Francos in ihren Grundfesten.

Die Todesurteile, die am Abschluß des größten politischen Prozesses in Spanien der letzten 30 Jahre stehen, zeigen, daß sich der Kampf in Spanien verschärft. Franco ist wieder gezwungen, zu offen faschistischen Methoden der Unterdrückung zu greifen.

Wir wissen, daß Sie die Frage an uns richten, wie stehen wir zu den Todesurteilen von Leningrad?

Wir protestieren auch gegen diese Urteile. Wir sehen sie als Ausdruck einer Fehlentwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion, die unter anderem zu einer Einschränkung demokratischer Freiheiten geführt hat.

Die vordergründige Gemeinsamkeit der Urteile von Burgos und Leningrad darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gesellschaftlichen Systeme in Spanien und in der Sowjetunion völlig verschieden sind. Das bedeutet auch, daß die Probleme der Überwindung des Faschismus in Spanien bzw. der Deformation des Sozialismus in der Sowjetunion, nicht gleichgesetzt werden können.

Sie sagen, Burgos ist weit, diese Probleme sind nicht die Ihren? Sie können aber in dieser oder jener Form zu den Ihren werden. Nicht nur Todesurteile, auch die Knüppel der Polizei sind eine Form der Unterdrückung - und die gibt es auch bei uns.

F Ö J - BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS

# Chronik

29. November

Ausserordentliche Vollversammlung der VdS, die "durch die in monatelangen Diskussionen aufgebrochenen politischen Gegensätze unumgänglich notwendig geworden war". Durch mehrheitliche Annahme von drei Resolutionen zu 1. SPÖ und VSSTÖ, 2. KPÖ und 3. "Revisio-nisten" (WTB usw.), wurde eine "neue Politik" festgelegt und eine Leitung, bestehend aus den Initiatoren dieser Linie, gewählt.

Im Dezember folgte je ein ergebnisarmes Teach-in des VdS und des VSSTÖ, in denen versucht wurde die Beziehungen zueinander abzustecken.

Diese Entwicklung innerhalb der studentischen Linken Wiens wird zur Zeit in der FÖJ diskutiert. Mit einer Stellungnahme ist zu rechnen.

"STRASSENBAHNENTFÜHRUNG" IN GRAZ.

30. November

Nachdem die mehrheitlich sozialdemokratische Stadtverwaltung die Straßenbahntarife bis zu 50 % erhöht hat, kommt es zu einer, von der FÖJ initiierten, gemeinsamen Aktion der jungen Linken in Graz. Nach einer kleinen Aktion, die eine "Straßenbahnentführung mit anschließender Einschmelzung" ankündigte, versammelten sich in der Grazer Innenstadt rund 400 Demonstranten. Gefordert wird der "Nulltarif" (Gratisbenützung).

Die Polizei spielt verrückt. Vier Genossen, unter ihnen Franz Pusch-nigg - FÖJ Landesobmann -, werden verhaftet und unter Anklage (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Anstiftung zum Aufruhr, Tätlichkeiten gegen Staatsbeamte usw.) gestellt. Erst drei Tage später, nach weiteren Aktionen und energischer Forderungen von Funktio-nären der FÖJ-Bundesleitung an die Minister Rösch und Broda, werden die Genossen enthaftet. Die Anklagen laufen.

TERROR IN PERSIEN - "BESETZUNG" DER BOTSCHAFT IN WIEN

In Persien wütet der faschistische Terror des Schah's. Tausende politische Gefangene sind eingekerkert. Ein Militärtribunal bedroht fünf Patrioten mit dem Tod. Im Auftrag der AMNESTY INTERNATIONAL - Sektion Österreich fährt ein deutscher Rechtsanwalt, Dr. Heldmann, in Begleitung des irani-schen Studenten Rezai (als Dol-metsch) nach Teheran, um die Lage der politischen Gefangenen zu untersuchen. Dr. Heldmann wird ausgewiesen und Rezai am Flughafen von der persischen Geheimpolizei verschleppt und eingekerkert.

8. Dezember

40 persische Studenten gehen in die iranische Botschaft, um gegen die Einkerkierung ihrer Kollegen zu protestieren. Sie wollen bleiben bis sie Antwort aus Teheran (per Fernschreiber) bekommen. Der Botschafter holt die österreichische Polizei, die mit "ungewöhnlicher Brutalität" (Kurier) die Studenten aus dem Gebäude holt und inhaftiert. Am gleichen Tag treten 40 andere persische Kollegen im VSSTÖ-Lokal in einen unbefristeten Hungerstreik, um die Freiheit Rezai's und ihrer in Wien verhafteten Kollegen zu erreichen. In Mainz befinden sich bereits seit einigen Tagen 150 in der BRD studierenden Iraner im Hungerstreik.

11. Dezember

Demonstration von der Uni zum Bundeskanzleramt, einberufen von einem Aktionskomitee, bestehend aus den meisten linken Gruppen Wiens.

Rund 1000 Teilnehmer fordern: Keine polizeilichen oder gerichtlichen Maßnahmen gegen die "Botschaftsbesatzer" (der Letzte der 40 wurde eine Stunde vor der Demonstration freigelassen), Schritte der österr. Bundesregierung zur Rettung Rezai's und der anderen vom Tod Bedrohten, kein Schah-Besuch in Österreich. Eine Delegation spricht bei Bundeskanzler Dr. Kreisky vor. Dieser schließt zwar jede Ausweisung oder Abschiebung der Iraner aus, kündigt aber Gerichtsverfahren an. Als Bundeskanzler lehnt er alle Forderungen ab. Als Parteivorsitzender verspricht er unverbindlich, aus Gründen der Menschlichkeit, die Prüfung von eventuellen möglichen Schritten.

(Protokoll der Aussprache liegt in der FÖJ auf. Dieses ist interessant zur Überprüfung des Wahrheitsgehaltes gewisser Anschuldigungen gegen die FÖJ, erhoben noch am gleichen Abend bei einer KPÖ-Veranstaltung.)

Nach der Demonstration Teach-in auf der Uni, bei dem, auf Vorschlag der FÖJ, die "Rote Hilfe" gegründet wird.

13. Dezember

Nachdem die SPÖ-Abgeordneten SJ-Obmann Schieder und Nationalrat Blecher den iranischen Studenten versicherten, daß sich die SP für die politischen Gefangenen einsetzen wird, und sie bereit sind nach Teheran zu reisen, wird der Hungerstreik abgebrochen.

Das Schicksal Rezai's und der anderen politischen Gefangenen in Persien ist nach wie vor ungewiß.

JUSTIZMORD AN ANGELA DAVIS GEPLANT

Angela Davis - 27 Jahre, schwarze Revolutionärin, Kommunistin, Philosophie-Professor, Mitglied der Black-Panther-Party und Dorn im Auge aller US- (auch sonstiger) Reaktionäre, Rassisten und Faschisten, ist in Lebensgefahr.

Nachdem sie in New York verhaftet war, wurde sie nach Kalifornien verschleppt und dort wegen Mord vor Gericht gestellt. Ihr droht die Gaskammer. Wieso Mord?

Drei Black - Panthers versuchten mit gezogenen Schußwaffen einen Genossen zu befreien (der Prozeß war eine Farce, er hatte keine Chance seine Unschuld zu beweisen, ihm drohte der Tod.) Den Richter nahmen sie als Geisel mit. Die Polizei eröffnete das Feuer und erschoss zwei Panthers und den Richter. Angela Davis war meilenweit vom Tatort entfernt. Das bestreitet auch nicht die Anklage. Man wirft ihr Beihilfe zum Mord vor, da sie angeblich die Waffen, die bei der Befreiungsaktion verwendet wurden, gekauft hatte. Und Beihilfe wird in Kalifornien mit Mord gleichgesetzt und mit Vergasung bestraft. Die Polizisten, die die tödlichen Schüsse abfeuerten, werden wahrscheinlich als Zeugen fungieren.

Ein weltweiter Proteststurm erhob sich zur Verhinderung des geplanten Verbrechens.

18. Dezember

Der VSM und die FÖJ veranstalteten im überfüllten Hörsaal 1 der Wiener Uni ein Teach-in "Freiheit für Angela Davis", bei dem eine Genossin aus Erlangen ein Kollektivreferat über die Black-Pantherparty, das gemeinsam mit schwarzen GI's in der BRD ausgearbeitet wurde, hielt.

(Das Referat wird abgezogen und kann in der FÖJ bestellt werden).



Mittlerweile hat der Prozeß gegen Angela Davis begonnen und der Kampf um ihr Leben und ihre Freiheit wird in der ganzen Welt verstärkt fortgesetzt.

#### TODESURTEILE GEGEN ANTIFASCHISTEN IN SPANIEN

16 Basken standen in Burgos wegen "staatsfeindlicher Aktionen" vor einem Militärgericht. 14 waren unter 30 Jahre, 4 davon Frauen. Für 6 forderte die Anklage die Todesstrafe, für die anderen Kerker von 30 bis 80 Jahre.

#### 19. Dezember

Autokonvoi der FÖJ mit Lautsprecherwagen zur Aufklärung und Mobilisierung der Bevölkerung durch die Bezirke 1, 4 und 10. Im Anschluß daran nahmen die FÖJ-ler an einer Solidaritätsdemonstration, mit den spanischen Antifaschisten, der KPÖ in Favoriten teil.

#### 28. Dezember

Das Gericht spricht die von der Anklage geforderten Urteile aus. Drei Angeklagte werden zweimal zum Tod verurteilt.

Abends treffen sich die in Wien anwesenden FÖJ-ler und bereiten eine Demonstration für den nächsten Tag vor.

In ganz Europa verstärkt und verbreitet sich die Protestbewegung.

#### 29. Dezember

Demonstration der FÖJ gemeinsam mit VDS und VSM. Schwarzenbergplatz-Ring-Kärntnerstraße-Stefansplatz, ca. 100 Genossen.

Einige KJÖ-Funktionäre kamen zum Treffpunkt, nahmen aber an der Demonstration nicht teil, da im Flugblatt auch die Todesurteile von Leningrad abgelehnt wurden.

#### 30. Dezember

Vormittag Aktion der KPÖ vor der spanischen Botschaft.

Abends spricht eine Delegation von SP-Politikern in der Botschaft vor. Zu der gleichzeitig von allen SP-Jugendorganisationen und den sozialistischen Freiheitskämpfern einberufenen Kundgebung kommen ca. 200 Teilnehmer; davon ist der Großteil nicht der SP zugehörig.

Am gleichen Abend wird bekannt, daß sich die spanische Regierung gezwungen sah, die Todesurteile aufzuheben.

-----

Vom 27. Dezember 1970 bis 6. Jänner 1971 nahmen 25 Genossen an einem marxistischen Wirtschaftseminar der FÖJ in Jasna (CSSR) teil. Die Protokolle werden in den nächsten Wochen erscheinen.

# **BUNDES HEER**

Der Umfaller Kreiskys und seines Teams in Sachen "6 Monate Dienstzeit beim Bundesheer" und die Verschleierungstaktik, die dieses Zurückweichen vor Österreichs reaktionärsten Kräften, schmackhaft machen soll, veranlaßte die Volksbegehren-Aktivist\*innen, in Wien zu einer Beratung zusammenzukommen. Ca. 50 Antibundesheerler aus allen Bundesländern versuchten unter der Ägide DDR.Nenning zu einem Ergebnis zu gelangen, in welcher Form auf Kreiskys reformierter Reform zu reagieren bzw. wie die künftige Tätigkeit der Anti-BHler zu entwickeln sei. Weiters spielte in der Diskussion die Förderung und Unterstützung der Wehrdienstverweigerer eine Rolle (die Aktualität dieses Problems wird durch die Fälle E. Grabl bzw. Ströhle, die von Kaisersteinbruch in die Psychiatrische Klinik bzw. ins Landesgericht Eisenstadt eingeliefert wurden, unterstrichen. Mitte März soll ein Kongreß der Internationalen KDV in Wien stattfinden).

Vorweg sei festgestellt, daß unsere im Jänner 1970 eingenommene Haltung zum Volksbegehren von der seit damals eingetretenen Entwicklung nun bestätigt wurde. Dennoch zeigte sich, daß wir es - obwohl wir die mobilisierende Wirkung (immerhin wurden bis dato 23.000

Unterschriften gesammelt) und die damit verbundene Auseinandersetzung um das Bundesheer zwar verbal erkannten und daher trotz Bedenken das VB unterstützten - in der Praxis unterbewerteten. Diese Einstellung trifft nicht nur auf uns, sondern auf fast alle linken Gruppen und Organisationen zu, was bei der Beratung von Vertretern fast aller dieser Gruppen belegt wurde. Dennoch sind drei wesentliche Ergebnisse, die auch für uns von politischer Bedeutung sind, zu unterstreichen:

In ursprünglich rein pazifistisch-humanistischen Bewegungen, - die von jungen Menschen getragen werden, - zeigt sich die Tendenz, nicht bei diesen Motiven stehen zu bleiben. Die Akteure werden durch ihre eigene Praxis gezwungen, immer stärker gesellschaftskritische Positionen zu beziehen. Diese Tendenz war auch im Ostermarsch erkennbar und sie war schliesslich die entscheidende Ursache, weshalb die Ostermarsch-Bewegung nicht mehr auf der Basis der "Einheit gegen die Bombe um jeden Preis" weitergeführt werden konnte.

Auch eine zweite Erkenntnis, die die Aktivist\*innen des VB aus ihrer Erfahrung zogen, ist für sämtliche Linke von wesentlicher Bedeutung: Ohne Koordination und ohne Organisation ist es unmöglich, eine kontinuierliche Bewegung zu entwickeln, die - wenn auch nur in einem Teilbereich der kapitalistischen Gesellschaftsordnung - verändernd wirken kann.

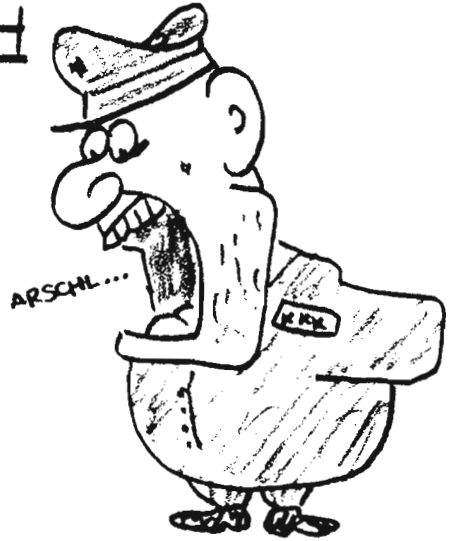
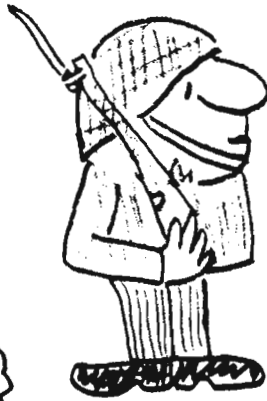
Drittens wurde auf die Notwendigkeit eines eigenen Informations- und Agitationsorgans hingewiesen um einerseits speziell unter jungen Menschen die Ziele und die Aktivität der Volksbegehler bekannt zu machen und andererseits die Probleme des BH zur Diskussion zu stellen.

Für Mitte Jänner wurde in Wien eine Wochenendberatung einberufen, die diese Erkenntnisse verarbeiten soll.

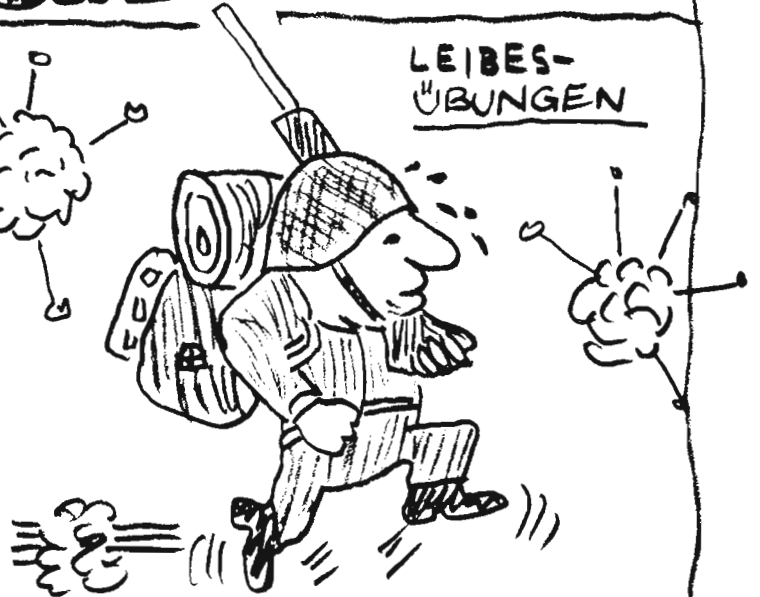
Fortsetzung auf Seite 12

# Tafeln aus Kochion

## DEUTSCH



## LEIBES- ÜBUNGEN



## FREMD- SPRACHEN



Ohne dieser Beratung vorzugreifen müßten in einer Analyse des Bundesheers folgende Punkte mitberücksichtigt werden:

A) Ökonomisches Gebiet:

Hier sollte die Funktion des Heeres (immerhin handelt es sich auch in Österreich um Milliardenbeträge) als Instrument zur "Rettung" der kapitalistischen Wirtschaft in Österreich untersucht werden, Dieser Artikel soll keine wissenschaftliche Darstellung dieses Problems geben. Wir wollen nur auf einige Momente hinweisen (Rüstungsproduktion als Wirtschaftsfaktor; Sicherung des Extraprofites für Rüstungsunternehmer; entscheidendes Element des Vergewaltigungskapitalismus).

B) Die Unterordnung des BH in die Nato-Strategie

Hier sei nur auf die enge Zusammenarbeit mit den westdeutschen und amerikanischen Geheimdiensten und Militärs hingewiesen, und auf die Ausrichtung des Heeres sowohl in politischer als auch in der waffentechnischen Konzeption gegen den Osten (Aufklärungsunterricht, Bunkerbau usw.).

C) Sicherung der Herrschaft des Kapitals

Auch hier sei nur als Beispiel für die Funktion des Bundesheeres zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung an die Ereignisse rund um den Rax-Werk-Streik erinnert.

Schließlich sei die Funktion des Bundesheeres als Untertanen-Fabrik erwähnt.

Gerade das Fehlen dieser Untersuchungen führte dazu, daß der Text des Volksbegehrens, speziell der Paragraph 1 Punkt 2

"seine Aufgabe übernehmen Bundespolizei und Gendarmerie."

und Punkt 3

"Im Rahmen der Bundesgendarmerie wird eine Neutralitätsschutztruppe gebildet, Ihr obliegt die Wahrnehmung jener militärischen Pflichten eines dauernd neutralen

Staates, die nicht in Kriegsführung und Vorbereitung auf diese bestehen."

von linken Gruppen abgelehnt werden mußte. Es war daher selbstverständlich, daß diese Gruppe die Initiativen des Volksbegehrens nur unzulänglich unterstützte. Dies führte zur skurrilen Situation, daß die St. Pöltner Provokation (Oberstleutnant Herbert Urban schlug zwei Flugblattverteiler nieder) von der Linken in Wien unbeantwortet blieb.

Wie heute (18.1.71) aus der Zeitung ersichtlich ist scheint die St. Pöltner Behörde auf "hart durchgreifen" programmiert zu sein. Die Verantwortlichen für das Flugblatt mit "Saurier ausgestorben - zuviel Panzer, zuwenig Hirn" wurden mit Geldstrafen belegt. Dies zeigt die Empfindlichkeit der Behörden in Sachen Heer.

Wir sehen in der Entwicklung des VB-Aktivs einen Ansatzpunkt gemeinsame Aktionen zu entwickeln, die die Möglichkeiten bieten, an Hand eines österreichischen Problems die Notwendigkeit außerparlamentarische Bewegung zu entwickeln.

Wir werden uns daher bemühen sowohl an der Erarbeitung der Analysen mitzuwirken als auch speziell die kommenden Aktionen um das Volksbegehren zu unterstützen.

DAS SKIRENNEN DER  
FÖJ FINDET AM 28.  
FEBRUAR 1971 IN WAID-  
HOFEN/YBBS STATT.

AUSSCHREIBUNGEN,  
PLAKATE  
UND  
NÄHERE  
AUSKÜNFTE:

Belvederegasse 10  
1040 Wien  
Telefon: 65 19 52

# GEWALT UND GEGENGEWALT

Gekürzt von "883" - Westberlin  
übernommen.

Frage: Sie billigen - so erklärten Sie vor kurzem - nur die Gewalt, die von der Volksmasse geteilt oder zumindest verstanden wird...

Satre: Ja, genau. Die individuelle Gewalt, die überhaupt keine Resonanz hat, ist sinnlos. Einer, der einfach genug hat, und darum einen Zug zum Entgleisen bringt oder eine Bank in die Luft sprengt, ohne Grund, so ganz allein, das will überhaupt nichts heißen. Da bin ich dagegen - obwohl ich ihn verstehe.

Frage: ... aber ein individueller Gewaltakt mit revolutionärem Ziel, der nicht von der Masse gebilligt wird?

Satre: Sicherlich, ob und wie weit ein Gewaltakt von der Masse bejaht wird oder nicht, ist schwer zu bestimmen und sehr schwankend. Ihre Berechtigung muß sich in der Tat selbst ausdrücken. Es muß aber auf jeden Fall eine erzieherische Gewalt sein. Für diese Gewalt gibt es ein gutes Beispiel, das zugleich schockierend und erzieherisch ist. Arbeiter sperrten ihren Chef ein und verboten ihm, pinkeln zu gehen. Der Chef war gezwungen, auf den Teppich zu machen. Ein Skandal in vielen Milieus. Wie berechtigt dieser Schock tatsächlich ist, er-

fährt man, wenn man die Arbeiter fragt, warum sie das gemacht haben. Wenn sie nämlich am Fließband arbeiten und austreten gehen wollen, dann demütigt sie der Vorarbeiter, indem er ihnen antwortet: Pinkel doch in deine Hose! Voilà, ein Beispiel, das die Augen öffnet. Warum ist man nur bei einem Chef darüber schockiert? Schließlich sind Arbeiter auch Menschen - und das selbst in den Augen der Bourgeoisie.

Frage: Aber sind die Arbeiter schon überall soweit, diese Gewalt zu begreifen?

Satre: Ganz sicher nicht.

Frage: Ich möchte Ihnen ein anderes konkretes Beispiel nennen: Die beiden von lateinamerikanischen Revolutionären entführten deutschen Botschafter, die als Geisel zur Gefangenenbefreiung benutzt wurden. Dabei wurde der erste getötet, der zweite nach erfüllter Forderung wieder freigelassen. Akzeptieren Sie diesen Gewaltakt?

Satre: Ja, das akzeptiere ich voll und ganz! Zunächst darf nicht vergessen werden, in welcher Atmosphäre diese Taten geschehen. Brasilien - Sie wissen ja, wie das ist in Brasilien. Außerdem bin ich der Meinung, daß







es sich um Botschafter aus kapitalistischen Ländern gehandelt hat, verbunden übrigens mit dem amerikanischen Imperialismus. Es gibt große deutsche Unternehmen in Brasilien, die mit Kapital arbeiten, das letzten Endes aus amerikanischen Quellen stammt. Sie repräsentieren also eine mit dem Imperialismus liierte Macht.

Glauben Sie nicht, daß ich den Gedanken, jemanden zu töten, mag. Egal wen. Aber die Befreiung der 40 Gefangenen beweist, daß diese Lösung sich auszahlt.

Damit wurde erstens bewiesen, daß die brasilianische Regierung nicht unabhängig ist - der amerikanische Botschafter wurde ja damals sofort freigekauft. Zweitens werden so aktive Revolutionäre befreit. Und drittens macht man damit eine starke Regierung lächerlich.

Das sind drei ausgezeichnete Dinge. Und außerdem beweist eine solche Tat auch noch die Stärke der Revolutionäre.

Frage: Seit Mai 1970 sind Sie Chefredakteur des maoistischen Kampfblattes "La Cause du Peuple" (Die Sache des Volkes). Ihre Vorgänger, die beiden ersten Chefredakteure, wurden für publizierte Artikel zwölf und acht Monate ins Gefängnis geschickt, die Organisation selbst als radikalste der

linken Gruppen vom Innenministerium aufgelöst. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg verurteilen damit französische Gerichte Journalisten wegen eines "Meinungsdeliktes". Die Anklage lautete: Anstiftung zu Mord und Aufruhr.

Wie stehen Sie heute zu der den Maoisten besonders und den Linken generell immer wieder vorgeworfenen Gewalt?

Satre: Mit den Praktiken der Maoisten bin ich voll und ganz einverstanden! Vor allem darf man nicht vergessen, daß ihnen oft Gewalttätigkeiten vorgeworfen werden, mit denen sie nicht das mindeste zu tun haben. Kürzlich zum Beispiel hat in Paris ein Elendsviertel gebrannt. Gleich hieß es, das waren die Linken, die Maoisten. Was natürlich Wahnsinn ist: Ganz im Gegenteil. Der abgebrannte Teil war eigenartigerweise gerade der Teil, aus dem die Gastarbeiter ausgewiesen werden sollten, weil ein Unternehmen auf diesem Terrain konstruieren wollte.

Frage: Wollen Sie damit sagen, daß der Brand eine Provokation war.

Satre: Ich weiß es nicht. Sicher, es kann auch ein Unfall gewesen sein. Aber selbst wenn, dann war es ein krimineller Unfall. Denn die Lebensbedingungen in den Elendsvierteln sind so erbärmlich, daß ein solcher Unfall täglich möglich ist. Also ist es auf jeden Fall kriminell! Aber dann auch noch zu behaupten, das seien die Maoisten gewesen...

Was hingegen die Gewalt im allgemeinen angeht, so ist die Gewalt der Maoisten eine ganz andere. Sie wird vor allem gegen die Polizei ausgeübt.

#### ROLLE DER PRESSE

Frage: Dabei spielt die Presse eine bedeutende Rolle. Sie haben nach dem Scheitern des Mai-Aufstandes die Presse beschuldigt, der Hauptschuldige an dieser Niederlage der Revolution zu sein.

Sie sagten wörtlich: "Die öffentliche Meinung hat versagt, weil die französische öffentliche Meinung - wie alle öffentlichen Meinungen - dumm ist. Dumm, weil schlecht informiert. Und schlecht informiert, weil die Presse nicht ihre Arbeit getan hat. Niemand hat den Versuch gemacht, der öffentlichen Meinung den Sinn der Studenten-Gewalt zu erklären, die in Wirklichkeit nichts anderes ist, als eine Gegen-Gewalt. Eine Antwort auf die Gewalt der anderen Seite." Glauben Sie, daß die Gegenpresse - zu der "Die Sache des Volkes" ja gehört - eines Tages die augenblickliche Presse verdrängen könnte?

Satre: Genau. Davon bin ich überzeugt. Wie ich schon eben sagte, stand am Anfang des Maoistenblattes ein populäres Informationsblatt, das die Arbeiter auf dem laufenden hielt in bezug auf den Widerstand der Massen. Die Arbeiter selbst sollten der Redaktion die Informationen schicken.

In der augenblicklichen Presse gibt es viele, die kämpfen. Aber Sie sehen ja selbst das Resultat. ... Tatsachen werden geschminkt oder heruntergespielt.

#### ROTE HILFE

Satre: Wir haben jetzt die "Rote Hilfe" gegründet. Sie wird mit allen legalen Mitteln Gefangene

unterstützen, fristlos Entlassenen und Arbeitsunfall-Opfern helfen. Sie wissen ja, die Zahl der Arbeitsunfälle ist sehr hoch. Der tödlichen Arbeitsunfälle, die, die nicht in den Statistiken stehen, die in den Nissenhütten sterbenden Gastarbeiter, gar nicht dazugezählt. Bei dieser "Roten Hilfe" werde ich aktiv werden.

Frage: Wer macht mit? Nur Maoisten?

Satre: Oh, nein. Es machen sogar KP-Mitglieder mit. Vielleicht werden sie nicht in der Partei bleiben, aber das ist eine andere Sache. Die wichtigste Persönlichkeit wird Tillon sein, der KP-Mitglied ist. Er organisierte während der Okkupation die bewaffnete Resistance. (Tillon wurde inzwischen aus der Partei ausgeschlossen).

Zunächst wollen wir für Anwälte sorgen und für Familienhilfe. Auch Klagen gegen Arbeitgeber erheben, wo es nottut. Dann auch Aktionen - aber darüber möchte ich noch nicht sprechen. Wir wollen ein eingetragener Verein sein, wie die alte "Rote Hilfe", gegründet 1924 von der Kommunistischen Partei in ihrer aktiven, stürmischen Epoche.

Frage: Wer ist wir?

Satre: Wir sind etwa 20 Leute.



Aber viele von uns repräsentieren mehr. Und alle revolutionären Bewegungen sind mit uns, weil es nur um Verteidigung geht. Wenn Maoisten zum Beispiel Aktionen machen, die die PSU verurteilt, und dann verhaftet werden, so protestiert die PSU trotzdem gegen die Verhaftung. Und umgekehrt. Die "Rote Hilfe" will alle Opfer der Repression verteidigen.

#### STELLUNG ZUR KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Frage: Ihre Entscheidung zugunsten der Maoisten bezeichnete das Parteiorgan der französischen Kommunistischen Partei, "L'Humanite", als "unverantwortlich". Lange Jahre waren Sie der "Kampfkompagnon" der KP. Wie stehen Sie heute zu ihr?

Satre: Ich habe mich schon vor längerer Zeit von der Kommunistischen Partei getrennt. Wie viele Intellektuelle kämpfte ich mit ihr während des Indochinakrieges und dann während des Algerienkrieges. Seither ging eine immer klarer werdende Evolution vor sich und Spaltungen. Zuerst war Budapest, dann folgte die Entwicklung von Stalin bis heute. Und dann kam Prag. Gleichzeitig im Innern der Partei das totale Nichtverstehen von Partei und CGT über das, was im Mai 1968 geschehen war.

Von da an trat etwas Neues ein: Es gab nun auch Kräfte links von der Partei. Lange Zeit nämlich war links von der Kommunistischen Partei eine große Leere gewesen. Die Partei war rechts und links in einem. Sich von ihr befreien, bedeutete immer die Gefahr, nach rechts zu gehen - auch wenn man sie von links angriff. In dieser Stunde sieht das ganz anders aus. Es gibt wirkliche linke Kräfte in Frankreich. Das Unglück ist, daß sie sehr gespalten sind. Für mich ist die einzige Möglichkeit, eine wirkliche Linke wiederaufzubauen, der Kampf gegen die Spaltung der Linken.

Frage: Wo ist heute für Sie die "Linke"?

Satre: Alles, was links von der KP ist. Aber da ist noch ein Unterschied zu machen zwischen der wirklichen revolutionären Linken - die sich durch Taten auszeichnet - und der legalistischen Linken, wie zum Beispiel die PSU (die im Parlament vertretene Partie Socialistes Unifies), die das allgemeine Wahlrecht - in seiner augenblicklichen Form - nur noch Instrument zur Repression ist!

## Rotfilm Wien

Im Dezember vergangenen Jahres wurde in der FÖJ das KOLLEKTIV ROTFILM WIEN gegründet. KOLLEKTIV ROTFILM WIEN ist ein unabhängiges Studio, welches mit seinen Filmen linkspublizistische Aufgaben erfüllen, außerdem film-theoretische Arbeiten veröffentlichen will.

#### Kontaktadressen:

KOLLEKTIV ROTFILM WIEN  
Belvederegasse 10  
1040 Wien  
Telefon: 65 19 52

Otto Eder  
Kleine Neugasse 13/10  
1050 Wien  
Telefon: 56 60 405

Günter Orban  
Kurrentgasse 10/10  
1010 Wien  
Telefon: 63 09 443

## Leserbrief

Wien, 3. Jänner 1971

Werte Genossen !

Zu dem Leitartikel in der Dezember-Nummer der Aspekte, betitelt: DIE LINKE IN DER INNENPOLITIK, möchte ich eine kritische Bemerkung machen.

Sicherlich hat dieser Artikel des Gen. Patka das Verdienst, neuerlich die entscheidende strategische Frage, die Gewinnung der SP-Arbeiter für die Revolution, aufgeworfen zu haben. Noch dazu verbindet er damit die Frage einer Neuorganisierung der Linken auf Basis eines Linksschwenkens der Massen. Das ist eine ebenso entscheidende Frage. Ich glaube, daß man aber ungeachtet dessen in einem Punkt einen kritischen Einwand machen muß.

Der Prozeß der Loslösung der Massen von der SPÖ wird, schreibt Gen. Patka, über eine Spaltung der SPÖ gehen. Diese Spaltung wird Resultat der Entlarvung der SPÖ, der SPÖ-Regierung sein, welche Entlarvung diese "selbst besorgen" müsse. Dieses "erste Moment", wie es Gen. Patka bezeichnet, muß von der revolutionären Linken "passiv, abwartend" verfolgt werden. Ist die Selbstentlarvung der SPÖ genügend fortgeschritten, wird "das zweite Mo-

ment wirksam" werden, nämlich "die Neuorganisierung der Linken in Österreich", diesmal jedoch auf Massenbasis.

Meine kritische Bemerkung lautet nun: Kann eine revolutionäre Linke während der "Glanzperiode" der SPÖ-Regierung ernsthaft "passiv" und "abwartend" bleiben? Zwar versieht Gen. Patka selbst das Wörtchen "passiv" mit Anführungszeichen, aber das kann bedeuten, gesehen im ganzen Zusammenhang, daß die Linke wohl auf internationalem Gebiet (Vietnamkrieg, Black Power, usw.) aktiv sein kann, nicht aber auf innenpolitischem Gebiet. Überdies besagt ja der zweite Ausdruck "abwartend" dasselbe wie "passiv".

Zu diesem Standpunkt des passiven Abwarten des Zeitpunkts, an welchem die SPÖ-Regierung abgewirtschaftet, ihre Selbst-Entlarvung also genügend weit vorgetrieben haben wird, kommt Gen. Patka anscheinend auf Grund seiner Einschätzung, daß die SPÖ "nach vier weiteren Regierungsjahren noch immer in manchen den Eindruck erwecken können (wird), daß es sich bei ihr um eine rosa-rote Erneuerungspartei handle". Er schätzt demnach ein, daß es der "geschmeidigen" Taktik Kreiskys gelingen wird, für eine ganze Periode der revolutionären Linken den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie dadurch - zumindest auf dem innenpolitischen Sektor - funktionslos zu machen.

Ich bin nun erstens der Ansicht, daß es kaum möglich ist, auf Jahre hinaus eine solche Vorhersage bezüglich der politischen Entwicklung zu machen. Die Änderung im internationalen Kräfteverhältnis, die immer offensichtlicher gegen den Imperialismus wirkt, die scharfen, oft explosiven Wendungen in der internationalen Situation, die bevorstehende Rezession, die auch Österreich erfassen wird, das alles sind Faktoren, die keine längerfristigen Vorhersagen zulassen. Es besteht somit, meine ich, kein Grund anzunehmen, daß die SPÖ-Regierung konflikt- und

krisenlos über alle Hürden hinwegkommen wird. Geht doch Gen. Patka selbst davon aus, daß die SPÖ-Regierung früher oder später die ihr folgenden Massen tief enttäuschen wird, welcher Umstand die Spaltung der SPÖ zur Folge hat. Das heißt: die SPÖ-Regierung wird zu Maßnahmen greifen, die gegen die Interessen der breiten Massen gerichtet sind, die die Empörung und Enttäuschung dieser Massen zur Folge haben.

Und hier meine ich zweitens: Solche massenfeindlichen Maßnahmen einer SPÖ-Regierung soll die revolutionäre Linke "passiv", "abwartend" hinnehmen? Man muß doch bedenken, daß ein solches passives, abwartendes Verhalten der Linken in einer Periode, in welcher das "Elend" der SPÖ-Regierung immer augenscheinlicher werden wird, zur Folge haben kann, daß sich die enttäuschten Massen in die Passivität, in das Desinteressement zurückziehen! Daraus wird dann die Reaktion, wenn nicht der Neofaschismus, Vorteile ziehen können.

Meiner Ansicht nach muß die revolutionäre Linke auch in der "Aufstiegsperiode" der SPÖ-Regierung aktiv sein und bleiben, auch auf dem innenpolitischen Sektor. Damit soll keinem blinden Aktivismus das Wort geredet werden. Wenn auch die Linke heute noch zu schwach ist, um direkt Kämpfe gegen den bürgerlichen Klassenfeind auszulösen, so hat sie dennoch die Pflicht, eine den SP-Arbeitern verständliche Taktik zu entwickeln, die, an ihre SP-Illusionen anknüpfend, ihnen hilft, sich von diesen Illusionen zu befreien. Und zwar im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, denn die Hauptlinie einer revolutionären Politik bleibt bis zum Sturz der Bourgeoisie die Entfaltung des Klassenkampfes bis zu seiner höchsten Stufe, eben bis zum Sturz der Bourgeoisie und zur Aufrichtung der Arbeitermacht. Bei richtiger revolutionärer Politik ist dann die Entlarvung der SPÖ das unvermeidliche "Nebenprodukt", wie Lenin sagte.

In unserem Organ ARBEITERKAMPF haben wir versucht, eine solche Taktik zu skizzieren. Sie steht immer noch zur Diskussion. Heute, wo sich die linken Kräfte gegenüber früheren Jahren verstärkt haben (vor allem auf Grund der Krise der KPÖ), besteht noch weniger Grund, angesichts der SPÖ-Regierung sich auf eine passive, abwartende Haltung zurückzuziehen. Wenn sich diese verstärkten linken Kräfte mit einem den heutigen Bedingungen entsprechenden revolutionären Programm ausrüsten und eine richtige Politik und Taktik einschlagen, können sie meiner Ansicht nach in kurzer Zeit auf dem innenpolitischen Sektor an Bedeutung gewinnen. Passivität und Abwarten sind also nicht am Platz, auch nicht in der "Aufstiegsperiode" der SPÖ-Regierung. Ich bin überzeugt, daß auch Gen. Patka bei näherer Prüfung der ganzen Frage derselben Ansicht sein wird.

Mit revolutionären Grüßen, Modlik

Die Kritik des Gen. Modlik ist berechtigt. Indem ich ihr zustimme, möchte ich auf den Schluß meines Artikels hinweisen: "Die Grundlage dazu (zu einer neuen revolutionären Organisation) müssen wir jetzt schon legen", der ersichtlich macht, daß ich keineswegs der Tatenlosigkeit das Wort spreche. Es zeigt sich - und ich bin Gen. Modlik dankbar, daß er es aufzeigt -, wie sehr man darauf achten muß, Mißverständnisse zu vermeiden, die durch unpräzise Ausdrucksweise entstehen können.

Zsolt Patka

Redaktionsschluß  
war der  
13. Jänner 1971



## sozialpartnerschaft

es war die zeit des umbruchs nah,  
die forellen schwiegen wie nie,  
denn was im hohen rat geschah,  
forderte viel diplomatie.

es war die katastrophe groß,  
die krebse sprachen verschüchtert  
und gaben sich einen scheren-stoß  
und fühlten sich schrecklich ernüchtert.

es war die zeit des umbruchs nah,  
die egeln begannen zu beten  
und versammelten sich im egelbethaus  
und fühlten sich lebend zertreten.

es war die zeit  
des umbruchs nah,  
und alles schien zu beben,  
ihr fragt jetzt noch,  
was denn geschah,  
es ging um euer "leben".

ihr wollt es endlich wissen - nun,  
ich werd es euch verkünden,  
die sache - die war nämlich die -  
hecht und karpfen, die wollten sich verbünden.

## alles scheiße

lieber dem vor mir gehenden  
andauernd auf die ferse  
zu treten  
als aus der reihe zu tanzen  
und meinen selbständigen weg zu gehen,  
das verlangen wohl jene,  
die meine gedanken,  
die nicht bürgerlich vorprogrammiert  
sein wollen,  
meiner jugend zuschreiben.  
es stellt sich mir nun die frage,  
ob es zweckmäßiger wohl ist,  
meinen weg weiterzuschreiten  
außerhalb der genickstarren reihenschreiter,  
oder, in der reihe bleibend,  
meinem vordermann  
weiter auf die ferse zu treten,  
jedoch bin ich barfuß,  
und mein vordermann  
hat bereits  
vom schuhmacherstaat  
gelieferte  
stahlstiefel an.

p.b.b.

Erscheinungsort: W I E N  
Verlagspostamt/1040 Wien

